

Völlig fehlende Begründung für die Notwendigkeit einer Verlagerung der Polizeihubschrauberstaffel!

Wie ich schon in der SPD-Podiumsdiskussion vor dem Anhörungstermin deutlich gemacht habe, kann das Anhörungsverfahren ja leider das Hauptthema gar nicht behandeln: Die fehlende nachgewiesene Begründung für eine Verlagerung!

Der Bedarf nach einer Verlegung aufgrund angeblicher Zeitverzögerungen am jetzigen Standort Flughafen München ist nirgends mit Zahlen belegt. Er wird einfach nur behauptet. Es gibt keine Daten über Zeitverzögerungen. Sie werden nicht erfasst, heißt es lapidar. So habe ich noch nie etwas begründet bekommen. Das ist die Grundlage, die der Freistaat hernimmt, um nach zwanzig Jahren offensichtlich funktionierenden Systems eine Mehrbelastung in einer schon mit Verkehr und Lärm bedrängten Region zu begründen?
Ich bin darüber fassungslos!

Zu den angeblichen Synergieeffekten zwischen Polizeihubschrauberstaffel des Bundes und der Polizeihubschrauberstaffel Bayern auf dem Gelände Oberschleißheim gibt es auch keine einzige konkrete Zahl. Da es sich sogar, wie mir gesagt wurde, zwischen Bund und Land um unterschiedliche Hubschraubertypen handelt, sind diese finanziellen Synergieeffekte eher eben nicht gegeben.

Das bayerische Innenministerium behauptet desweiteren, dass es keine Alternativstandorte gibt. Auch dieser Nachweis ist mitnichten geführt. Es gibt keine schriftlich nachvollziehbare Bearbeitung möglicher Alternativstandorte. Auch hier werden einfach nur Behauptungen aufgestellt, die nicht nachprüfbar sind.

Außerdem wäre zur Sicherheit der Bevölkerung auch die Frage einer dezentralen Aufstellung der Polizeihubschrauberstaffel zu erörtern. Auch diese Begutachtung und eine Kostenberechnung dazu bleibt das Innenministerium schuldig.

Und dann sagen Fachleute noch, dass der Instrumentenflug, für den man vor zwanzig Jahren genau den Flughafen im Erdinger Moos als idealen immer nutzbaren Standort wählte, auf dem Oberschleißheim Feld wegen häufigem Bodennebel schlechtere Bedingungen habe.

Mir ist absolut nicht klar, wie ein Landtag aufgrund einer so intransparenten Faktenlage einen solchen Beschluss mehrheitlich fassen konnte.

Annette Ganssmüller-Maluche
Stellvertretende Landrätin
SPD-Landtagskandidatin